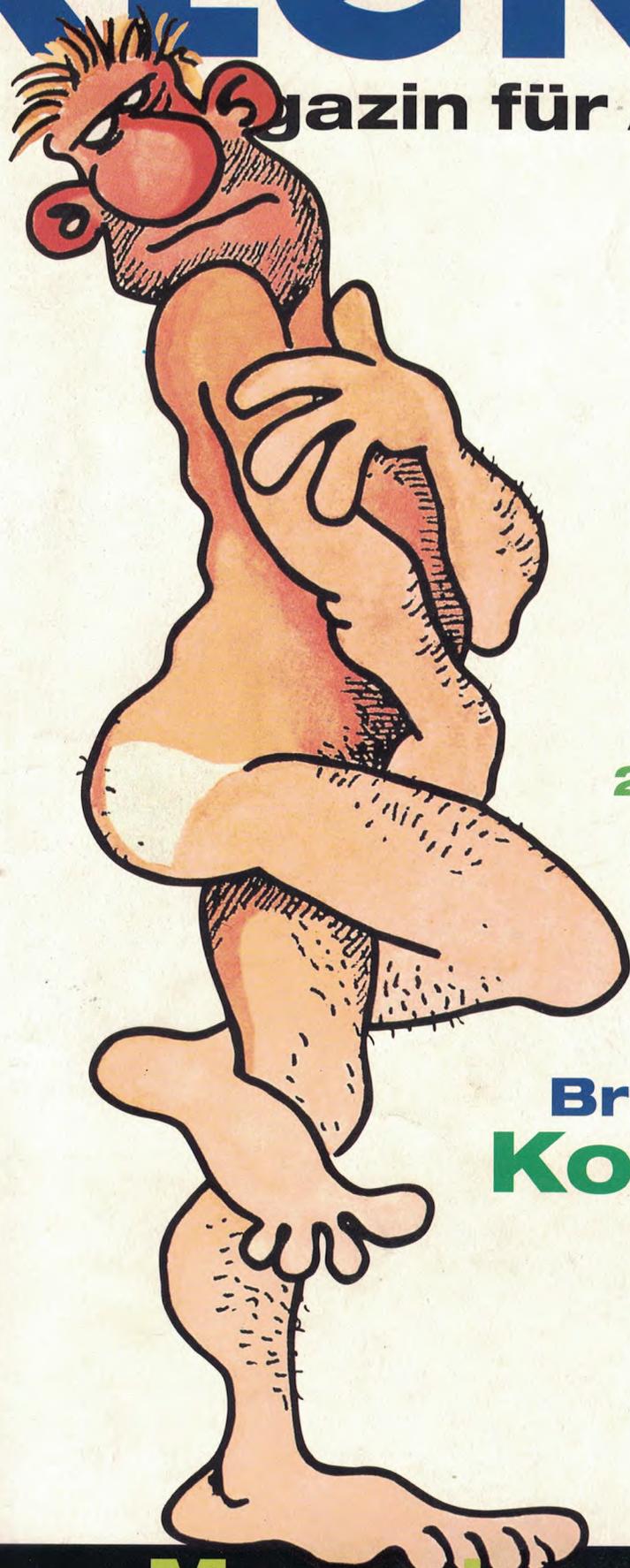


KLENKES

Magazin für Aachen OKTOBER 1994

NR. 10
G1657
DM 3.50



Der bewegte Mann

Sönke Wortmann / Ralf K...
2 Männer, 1 Comic & 1 Film

Brennpunkt
Kommunalwahl
1994

Menschen
Meinungen
Hintergründe



TIPS UND
TERMINE
FÜR AACHEN

Nagelprobe für RotGrün

Kommunalwahl

Wahlkämpfe bestehen aus Lügen und Langeweile? Ein oberflächlicher Eindruck. Wer sich eisern vornimmt, das Stakkato der Statements ein wenig nach Form und Inhalt zu ordnen, kann durchaus auf seine Kosten kommen: Die Gigs verströmen dann den Charme lokaler Lebensart und nebenbei ist manchmal in Erfahrung zu bringen, welche künftigen Schweinereien oder Wohltaten eine mentale Vorbereitung erfordern könnten. Frank Grünberg und Ralf Schröder waren drei Wochen im Kommunalwahlkampf unterwegs und haben Tagebuch geführt. Und, weil so etwas immer subjektiv gerät, Standpunkte eingeholt zu einigen der Politikfelder, die die Debatten der letzten fünf Jahre dominiert haben. Kerstin Pinger bilanziert die Kulturpolitik der Rathauskoalition und A.Aue erklärt, warum er sich mit weiteren 250 Wochen RotGrün weitaus eher anfreunden kann, als mit der konkreten Alternative.

Di. 23. August: Ferraris im Doppelpack

„Unsere Kaufleute haben anfangs sehr gebockert. Heute wollen alle in die Fußgängerzonen beziehungsweise dort bleiben.“ Der Verbund von Fachverstand und Schwyzer-Deutsch ergibt eine schier unschlagbare Eloquenz: Rudi

Aeschbacher, der vom Ende der 70er bis neulich als Dezernent für Verkehrspolitik den Wellenbrecher in der Züricher Autoflut gespielt hat, testet den Projektor und das Reaktionsvermögen der 500 Zuhörer mit einer Unzahl von Tabellen, Fotos, Schlagzeilen, Skizzen.

Die Notgemeinschaft verkehrsgeschädigter BürgerInnen hat zum Podium „Verkehr(t) in die

Zukunft?“ in die Burtscheider Kurparkterrassen geladen, und außer den Spitzenkandidaten Linden (SPD), Daldrup (CDU), Thüllen (FDP) und Ortstein (GRÜNE) ist jede Menge lokalpolitische Prominenz erschienen.

Vor dem Diskutieren heißt's Zuhören: „Vor 15 Jahren schlugen bei uns die Ärzte Alarm. Abgasbedingte Lungenschäden und Bron-

chialerkrankungen nahmen zu, bei Kindern und Erwachsenen. Auf andere Art waren die Grundeigentümer von den Kraftfahrzeugemissionen betroffen: An Züricher Häusern entstand ein jährlicher Schaden von 140 Mio. Franken. Der Sozialraum Straße war rapide im Schwinden.“

Aeschbacher und seine Leute kamen, sahen und krepelten den Stadtverkehr so um, daß Zürich heute als Muster in Sachen menschen- und umweltschonender Mobilität gilt. „Es reicht nicht, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) attraktiver zu machen, das Autofahren muß unattraktiver werden.“

Aeschbachers Feststellung erntet Applaus, die Sympathien im Publikum sind eindeutig verteilt. Zuhörer Daldrup grinst, Zuhörer Linden zeigt eine faltige Stirn, schließlich ist er es, der innerhalb der rotgrünen Mehrheit immer wieder darauf drängt, verkehrspolitische Umsteuerung müsse sich „am Bewußtsein der Leute“, also auch an dem der Autofans, orientieren. Die OB-Miene entscheidet sich zwischen süß-sauer erst, als der Referent die Schlagzeile einer Züricher Tageszeitung auf die Wand projiziert: „Mit der Cabrio-Tram durch die lindensüßen Düfte rollen.“

Kommunalwahlen: Wie? Wen?

Stadtbürgerkunde

Alle fünf Jahre wählen die AachenerInnen ihre kommunalen Parlamente. Insgesamt geben sie dabei zwei Stimmen ab: eine für den Stadtrat und eine für ihre jeweilige Bezirksvertretung.

Die 59 Sitze im Stadtrat werden in 30 Wahlbezirken vergeben. Mit dem ersten Kreuz auf dem hellgrünen Stimmzettel wählt der oder die WählerIn den oder die DirektkandidatIn des Wahlbezirks (Mehrheitswahl) und gleichzeitig die Reserveliste der Partei für die Gesamtstadt (Verhältnisausgleich). Stehen einer Partei nach dem Verhältnisausgleich mehr Sitze zu, als sie sowie

so DirektkandidatInnen entsendet, so werden die restlichen Mandate über die Reserveliste aufgefüllt.

Mit dem zweiten Kreuz auf dem hellroten Stimmzettel wählt der oder die WählerIn den Listenvorschlag einer Partei für die jeweilige Bezirksvertretung (Verhältnisauswahl). Insgesamt gibt es sieben Bezirksvertretungen (Mitte, Laurensberg, Brand, Eilendorf, Kornelimumster-Walheim, Haaren und Richterich) mit 11 bis 19 Sitzen.

Bei beiden Wahlen gilt die Fünf-Prozent-Klausel.

Die Bezirksvertretungen fungieren als unabhängige Unteraus-

schüsse des Stadtrates. In Fragen z.B. der Unterhaltung und Ausstattung von Schulen, der Pflege des Ortsbildes, der Betreuung von Vereinen und der Repräsentation und Heimatpflege des Bezirkes besitzen sie Entscheidungsbefugnis.

Der Stadtrat wählt den Oberbürgermeister und für acht Jahre den Gemeindedirektor. Mit Ende der Amtszeit von Dr. Berger endet 1995 allerdings auch die Ära der kommunalen Doppelspitze. Der dann amtierende Bürgermeister wird dieses Amt bis zu den nächsten Kommunalwahlen 1999 übernehmen.



Schlachtordnung. Oder wollen im Grunde alle das Gleiche?
 Ortstein / Linden (GRÜNE/SPD, oben), Daldrup/ Thüllen (CDU/FDP)

Bevor so etwas möglich war, wurden in Zürich Straßen zurückgebaut, einige Zonen für KFZ gesperrt, von Schienen durchgezogene Fußgängerzonen eingerichtet und die Taktfrequenz des immer engmaschiger werdenden ÖPNV erhöht. Aeschbacher und seine Crew gingen clever vor: „Politiker wollen immer irgendwas eröffnen, zum Beispiel Buslinien.“

Dafür mußten Parkplätze dran glauben, die Autofahrzeiten verlängerten sich, weil Tram und Busse an Ampeln hightechgesteuert Vorfahrt erhalten, autofreundliche Subventionen wurden abgebaut. Mittlerweile sind 37 Prozent des Züricher Stadtverkehrs auf Busse und Bahnen verlagert (in Aachen liegt die entsprechende Quote bei ca. 10 Prozent), lediglich 20 Prozent der Züricher erreichen ihren Arbeitsplatz per PKW. Bei all dem kam dem Chef der Schweizer Autopartei, Dreher, zeitweilig die Contenance abhanden: „Linke und Grüne an die Wand und mit dem Flammenwerfer drüber.“

Solche Ausfälle liegen dem CDU-OB-Kandidaten Daldrup fern. Er setzt zunächst auf die altbekannte Masche, den Boten zu blamieren, wenn die Botschaft nicht paßt: Ihm sei mitgeteilt worden, daß der auto-kritische Referent zwei Ferraris

besitze. In einem Teil des Saals bricht schadenfrohes Geheul aus.

Aeschbach kontert, er habe früher gar „zwei Ferraris besessen sowie zwei normale PKWs.“ Heute habe er noch einen PKW, und der letzte Ferrari stehe unter der Obhut seiner Frau sowie seit 1983 unbenutzt in der Garage, „da wird er von Jahr zu Jahr wertvoller“. Im übrigen, Diskussionen wie diese hier kenne er: „Von gleichen Zielen wird immer gesprochen, es leidet aber die Glaubwürdigkeit derer, die die konkreten Schritte nicht tun.“

Letzteres bezog sich auf die Einlassungen Daldrups und Thüllens. Die FDP-Kandidatin erklärte umstandslos, das Züricher Modell liege genau auf ihrer Wellenlänge, die Menschen dort hätten „sich schließlich über -zig Jahre auf die Veränderungen vorbereiten können. Ich habe die gleichen Ziele wie Rotgrün, aber wir brauchen mehr Behutsamkeit. Schließlich sind tausende von Problemen zu lösen.“

Auch Daldrup – Fazit: „Im Grunde wollen wir alle dasselbe“ – schien der Ansicht, das Züricher Modell vertrage sich mit seinem Gegenteil: „Tram ja, aber das ist eine Frage der Finanzierbarkeit. Wir wollen den Verkehr auf dem Alleerling beschleunigen, innenstadtnah mehr Parkplätze, etwa▶

Brennpunkt Verkehrspolitik

KLENKES-Frage:
 Welche Bilanz ziehen Sie aus drei Jahren „autofreier Innenstadt“?



Franz Ebert
 Geschäftsführer des Einzelhandelsverbandes Bezirk Aachen e.V.



Manfred Raak
 Mitglied der „Notgemeinschaft verkehrsgeschädigter BürgerInnen“

Der Aachener Handel hat bei der Vorbereitung des Projektes „fußgängerfreundliche Innenstadt“ engagiert mitgearbeitet. Diese Mitarbeit wurde nicht honoriert. Durch eine von der Politik im Rathaus bestimmte, ideologisch überzogene Öffentlichkeitsarbeit wurde bei den Besuchern der Stadt aus dem Umland, aber insbesondere aus dem belgischen und niederländischen Grenzraum, der Eindruck erweckt, Aachen sei an Samstagen „dicht“.

Der Aachener Handel hat – wie die BAG Untersuchung Kundenverkehr 1992 unwidersprochen belegt hat – langfristig Schaden genommen. Ein Verlust von fast 14.000 Besuchern an den langen Samstagen ist Beweis genug. Mehr als die Hälfte unserer ausländischen Kunden hat Aachen den Rücken gekehrt.

Unbestritten gibt es keine Rückkehr zur autogerechten Stadt. Auch der Handel bekennt sich zu einer ökologisch sinnvollen Verkehrsberuhigungspolitik. Allerdings mit Ziel und Augenmaß und in der richtigen Reihenfolge. Flexible Lösungen, wie z.B. im zugegebenermaßen problematischen Parkbereich Büchel an Samstagen, sind geeignet, die dortige Stauproblematik zu lösen.

Dann wird es möglich sein – eine engagierte Werbung vorausgesetzt – Aachen als Einkaufsstadt wieder so darzustellen, wie sie es einmal war. Hieran mitzuarbeiten sind MAC und Einzelhandelsverband selbstverständlich bereit.

Die „Notgemeinschaft“ setzt sich für umwelt- und menschenfreundlichen Verkehr in Aachen ein. Wir wünschen uns Straßen und Plätze, die nicht mehr nur für Autos bestimmt sind, sondern wo Mensch und Natur zu ihrem Recht kommen. In Aachen war, neben vielen anderen Projekten der letzten fünf Jahre, die Einrichtung der „fußgängerfreundlichen Innenstadt“ ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Regelung zeigt beispielhaft, wie die Entlastung der Innenstadt von Autoverkehr zu einer Verbesserung der Lebensqualität führt. Alle bislang getroffenen Maßnahmen waren aber nur erste Schritte. Die „fußgängerfreundliche Innenstadt“ muß, wie in Lübeck und Heerlen inzwischen geschehen, auf die ganze Woche ausgedehnt werden. Fußgänger müssen mehr sichere Wege erhalten, z.B. durch mehr fußgängerfreundliche Ampelschaltungen und breite, autofreie Bürgersteige. Das Radwegenetz ist noch lange nicht geschlossen. Der Bau einer Stadtbahn ist dringend notwendig. Die Opposition ist für solche Maßnahmen, die natürlich auf Kosten des Autoverkehrs gehen, nicht zu haben. Die CDU tritt lieber mit der abenteuerlichen Forderung auf, den Hansemannplatz zu untertunneln und die Busse aus der Innenstadt zu verbannen. Die FDP lehnt eigentlich alles und jedes ab. Die bestehende Mehrheit aus SPD und Grünen hat gezeigt, daß sie die richtigen Lösungen hat, es fehlt ihr lediglich etwas Mut. Den könnte sie bei einer breiten Unterstützung durch die Bürger bei den Wahlen wieder gewinnen.

R. Schröder



Schrecken vor nicht zurück: Wahlkämpf!

Brennpunkt Sozialpolitik

KLENKES-Frage:

Sind die Austreibung der Aachener Markt-Punker und die Fahndung nach Sozialhilfe beziehenden Autobesitzern eine Provinzposse oder zeigen sie den Trend der Aachener Sozialpolitik auf?



Werner Katschak
Sozialpolitischer Sprecher
der F.D.P.-
Ratsfraktion



Helmut Ludwig
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE
GRÜNEN

1. „Austreibung der Markt-Punker“

Der historische Marktplatz in Aachen darf nicht zu einem Lagerplatz für Punker werden. Der Marktplatz ist vielmehr die Visitenkarte jeder Gemeinde. Die Wortwahl „Austreibung“ finde ich unangemessen.

Der betroffene Personenkreis hat diese Lebensform selbst gewählt und hat daher auch mit Schwierigkeiten zu rechnen. Gleichwohl muß die Politik den Punkern die Rückkehr in die bürgerliche Gemeinschaft anbieten und ermöglichen. Wer dafür spricht, daß die Punker am Marktplatz verbleiben sollen, muß sich die Frage stellen, ob er ein Punkerlager vor seiner „guten Stube“ toleriert.

2. „Fahndung nach Sozialhilfe beziehenden AutobesitzerInnen“

Der Datenabgleich zwischen Sozialhilfebezug und Kraftfahrzeughaltung beruht auf einer gesetzlichen Grundlage und ist keine Aachener Besonderheit (vgl. § 117 Abs. 3 Bundessozialhilfegesetz). Die Sozialverwaltung ist verpflichtet, die Voraussetzungen für den Bezug von Sozialhilfe - unser aller Steuergelder - im Einzelfall zu überprüfen.

Von Fahndung nach Sozialhilfe beziehenden Kraftfahrzeughaltern kann daher keine Rede sein. Wer ein eigenes Kraftfahrzeug hält, muß sich zu Recht die Frage gefallen lassen, ob ihm Hilfe zum Lebensunterhalt zusteht.

Die Parteien der Besserverdienenden haben zu Lasten der „kleinen Leute“ die Reichen immer reicher gemacht. Der Abbau des Sozialstaates wird begleitet von Mißbrauchsdebatten. Ganze Bevölkerungsgruppen werden verdächtigt, die sozialen Leistungen dieses Staates in Millionenhöhe zu erschleichen - wie z.B. in Aachen durch die generelle Überprüfung von Autobesitz bei Sozialhilfeempfängern. Der meist kleine wahre Kern solcher Verdächtigungen wird nicht verglichen mit den Verlusten dieses Staates durch Steuerschwindel etc. Statt dessen nimmt in Aachen Meike Thüllen (FDP) lieber die Bettelerlöse von Sozialhilfeempfängern aufs Korn, nach dem Motto: verunglimpfen, ablenken, ordnungspolitisch verfolgen.

Soziale Probleme sind aber nicht ordnungspolitisch zu lösen. Die neue Aachener Straßenverordnung, mit der die anderen Parteien Punker und andere Randgruppen aus dem Stadtbild verdrängen wollen, ist allenfalls dazu geeignet, sich lächerlich zu machen. Solche „Lösungen“ tragen wir nicht mit! Wir haben statt dessen z.B. den Punkern vom Markt das Gelände am Branderhofer Weg angeboten - und es geht gut. Wir müssen versuchen, Menschen nicht aufzugeben, um nicht übermorgen mit weitaus größeren Problemen konfrontiert zu sein.

Der Sozialstaat muß umgebaut,

nicht abgebaut werden. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht an erster Stelle: Beschäftigungsinitiativen weiterentwickeln, in Arbeitsförderbetriebe investieren, durch ökologisch orientierte Produkte und Dienstleistungen zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen. Die gerechtere Verteilung von Arbeit gehört zur Zukunftssicherung dazu, allerdings: mit gestaffeltem sozialen Lohnausgleich und unter der Voraussetzung, daß den Besserverdienenden ein Mehr an Zeit auch ein Weniger an Geld wert ist. Nicht zuletzt soll eine soziale Grundsicherung anstelle der jetzigen Sozialhilfe den Hilfebedürftigen durch weniger bürokratische Entmündigung mehr Eigeninitiative ermöglichen.

Wir hoffen auf einen Machtwechsel in Bonn, um mit besseren Rahmenbedingungen weiter für ein gutes soziales Klima in Aachen arbeiten zu können. Eine friedliche und soziale Gesellschaft gibt es nur ohne Ausgrenzung.

► am Alten Bushof und am Postgelände Kapuzinergraben, schaffen und die ASEAG einem Wettbewerb privater Anbieter aussetzen.“ Letzteres riecht nach der bekannten Anti-Monopol-Strategie der CDU, die öffentlich-staatliche Dienstleistungen wie Bahn oder Post so filiert, daß die lukrativen Bestandteile in Privathand geraten, während die defizitären aus dem Steuer säckel bedient werden.

Für Linden unverständlich: „Herr Daldrup will den ÖPNV attraktiv machen und gleichzeitig die Busspuren abschaffen?“ Von der Pseudo-Einheitsfront hält der OB nichts, er nutzt das Heimspiel, um Pflöcke einzuschlagen: „Freie Fahrt für freie Bürger ist passé. Es gibt keine Alternative zur Stärkung des ÖPNV. Für die Tram kann eine Milliarde nicht zuviel sein. Der

fußgängerfreundliche Samstag wird unter rotgrüner Mehrheit bleiben. Vorrang haben die Menschen, das Automobil ist nachrangig.“

Genüßlich zitiert Linden die Tagespresse, die just heute meldet, daß die NL-Nachbarstadt Heerlen scharfe Restriktionen gegen den Innenstadt-Autoverkehr plant. Bürgermeisterin Ortstein setzt noch einen drauf: „Wir verschweigen nicht, daß wir den Autoverkehr weniger attraktiv gemacht haben.“ Mittelfristig müsse zur Finanzierung des ÖPNV eine Nahverkehrssteuer für Autobenutzer fällig werden. Eigentlich glaube sie, daß Veranstaltungen wie diese Polarisierungen abbauen könnten, „aber auf dem Niveau der plumpen Anfeindungen des Einzelhandelsverbandes sehe ich keinen Konsens mehr.“

Mi. 24. August: Vor Ort im Vorort

Wohnen, Arbeiten und Leben am Stadtrand: die SPD-Ortsvereine Walheim und Kornelimünster haben zur Diskussion geladen. In der Höhle des Löwen werden die Mutigen per Handschlag begrüßt, die Lokalpresse ist herzlich willkommen: „Der Klenkes hat ja vor mehreren Jahren auch 'mal was über den Vennbahnweg gemacht.“ Aber der steht heute definitiv nicht auf der Tagesordnung.

Es ist kurz nach acht, die rund 20 Frauen und Männer haben sich in der schnuckeligen Wohnzimmeratmosphäre des Restaurants „Daria“ bereits eingerichtet. Das Pils steht auf dem Tisch, der rustikale Bierdeckelhalter direkt daneben. Landschaftspläne überdecken die Historienmalereien, als Karl Schultheiß den Abend eröffnet.

1.000 Wohnungen pro Jahr wolle man in den nächsten Jahren realisieren, wo solle die Stadt Aachen diesen Wohnraum schaffen und welche Qualitätsziele seien dabei anzusetzen, Bernd Berghoff? Für den Stadtplaner geht dies nur durch Wohnraumverdichtung - auch und gerade in den Einfamilienhaus-Siedlungen des Stadtrands. Stärkere Mietnutzung durch Einliegerwohnungen lautet sein Credo.

Der Verkehrsplaner Reinhold Baier unterstreicht, wichtig sei die Integration von Leben und Versorgung in der vorörtlichen Stadtentwicklung. Der Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs dürfe letztendlich nicht an den Finanzen scheitern. „Auch wenn es keine rentable Stadtbahn bis nach Kornelimünster geben wird, darf die Mutter am Stadtrand nicht zur Chauffeurin ihrer Kinder degradiert werden.“ Hanna Schmidt-Kuner und Renate Coracino, die SPD-Ratsfrauen für „ihre“ Stadtbezirke, haben in dieser Richtung ebenfalls schon weitergedacht.

Die Diskussion kommt so langsam auf Trab. Als eindeutige Nicht-SPD-Ortsvereins-Mitglieder outen sich die, die sich dem persönlichen „Du“ entziehen. Karl Schultheiß schließt elegant drohende Pausen im Disput um „Ureinwohner“ und „Zugezogene“, die Querverbindungen zwischen Walheim und Lichtenbusch, um Wohnflächen und Gewerbegebiete.

Die Kellnerin findet den Abnehmer für ihr Alster-Wasser nicht. Kornelimünster bleibt schließlich Kornelimünster, wo „ältere Leute keine Treffpunkte mehr haben und die Kinder zwischen den Autos spielen müssen“. Wohnzimmer-Diskussionen verlaufen meist halt doch pragmatisch. „Man muß gucken, was man hat und wie man es letztendlich ordnen kann.“



A. Goethe

Wohnzimmer-Flair: SPD-Veranstaltung im Vorort

**Do. 25. August:
Flucht nach vorn**

Faxeinladung zum Pressegespräch. Thema: „Der Tag danach! Wirtschafts- und Finanzpolitik der Aachener F.D.P nach gewonnener Kommunalwahl am 16. Oktober.“

**Sa. 27. August.
Nummer 8.501**

Der Tag fängt gut an. Es regnet und aus dem Anzeigenteil der Aachener Nachrichten blickt großformatig und trübe ein streßgequältes Männergesicht: Der „Märkte- und

Aktionskreis City“ (MAC) zu den Folgen der „Verkehrspolitik“; die Daldrup-Demagogie vom „künstlichen Stau“ kommt auch vor, bebildert durch ein Foto der autoüberfüllten Peterstraße. Botschaft: Die Stadt wird von einer Bande Psycho-Folterer regiert.

Am Nachmittag ist Demo für die Verlängerung des Fahrradweges auf der ehemaligen Trasse der Vennbahn. Noch ist für Biker in Kornelimünster Schluß. Aber gegen die Grünen und eine Handvoll Umweltschützer kämpft eine Multi-Koalition, der sich vor einigen Wochen auch die SPD anschloß, seit Monaten publicityträchtig für den Ausbau bis Walheim.

Am Eingang zum Friesenrather Freizeitgelände stehen ein paar Jungs von der Jungen Union durchnäßt neben ihren Sonnenschirmen, auf dem Areal futtern einige Wasserfreunde vom Regen angeweichte Bratwürste und auch die Mitglieder der Spielmannszuges sehen aus, als hätten sie sich den Nachmittag anders vorgestellt. Während etwa 150 Radwegfans Schutz in den Unterständen am Rande der Wiese suchen, hallen die Lautsprecher über das entvölkerte Gelände. OB Linden trägt sich als Nr. 8.501 in die Unterschriftenliste ein. Nur einmal kommt so etwas wie Stimmung auf: als CDU-Kandidat Daldrup feststellt, es sei ein Glück für Aachen mit seinen Baudenkmalern, daß es zu Zeiten Kaiser Karls noch keine GRÜNEN gegeben habe... ▶

**Alles
rund
um
Apple!**

MacService
Hesselmann & Stanko GbR
Beeckstraße 14 · 52062 Aachen
Tel.: 0241 - 3 16 06 · Fax: 0241 - 40 76 49

Öffnungszeiten: Mo. – Fr.
10.00 – 13.00, 14.00 – 17.00 Uhr

révoluce
descanzó

NIEDERVOLTSYSTEME
DESIGNBELEUCHTUNG
LICHTPLANUNG & INSTALLATION

MÖBEL FÜR
OBJEKT UND
WOHNEN

Jakobstraße 25, Aachen
Tel. 0241 - 40 23 00 / 22 09 5
Tägl. 10.00 - 18.30 / 20.30
Sa. 10.00 - 14 / 16 / 18.00

Brennpunkt Energiepolitik

KLENKES-Frage:

Wie bewerten Sie den Streit um die kostengerechte Vergütung von Solarstrom?



Prof. Joachim Krüger
Institut für Metallhüttenwesen der RWTH Aachen

Reif Papke



Wolf von Fabek
Geschäftsführer des Solarenergie-Fördervereins

Obwohl der Stadtrat im August '94 zum wiederholten Male einen Beschluß zu einer hochsubventionierten Vergütung für Wind- und Solarstrom gefaßt hat, ändert das nichts an der Tatsache, daß a) Solarstrom in Deutschland viel zu teuer ist, als daß wir uns das leisten könnten, b) Windstrom am richtigen Standort dagegen bei einer gesetzlich subventionierten Vergütung von 16,9 Pfennigen pro kWh bereits rentabel ist, so daß eine noch höhere Vergütung überhaupt nicht verständlich ist (wer baut schon Windstromanlagen dort, wo der Wind nur wenig weht?).

Der Stadtratsbeschluß vom August 94 enthält immerhin endlich die Forderung des Wirtschaftsministeriums in Düsseldorf, daß gewährte Investitions- und Betriebskosten-Zuschüsse bei einer Vergütung zu berücksichtigen sind. Dies ist eine logische Maßnahme, denn Subventionen werden nicht doppelt gewährt. Diese Tatsache wird dazu führen, daß in Aachen für Windstromanlagen kaum jemand einen Antrag auf die höhere Vergütung stellen wird.

Bei den Photovoltaikanlagen dürften die Alt-Anlagenbesitzer auch alle Investitionskostenzuschüsse erhalten haben, so daß hier die zwei DM pro kWh nicht erreicht werden. Allerdings können die Besitzer dieser Anlagen mit deutlich höheren Vergütungen als 16,9 Pfennigen pro kWh rechnen.

Der Aachener Stadtrat wird sich sicherlich auch zukünftig mit der Höhe der Vergütung (25 Pfennige bzw. zwei DM pro kWh) und mit der Dauer (20 Jahre!) der zu zahlenden Vergütung auseinandersetzen müssen. Diese Punkte werden nämlich bei den Einsprüchen Aachener Bürger bei Genehmigungs- und Kontrollorganen des Landes eine wichtige Rolle spielen.

Wer bezahlt eigentlich die Solaranlagen der STAWAG? Nehmen STAWAG-Aufsichtsrat Dr. Kurt Malangre und Vorstand Wolfgang Petry das Geld dafür aus ihren eigenen Brieftaschen? Die Antwort lautet natürlich „nein“. Die Bezahlung erfolgt selbstverständlich aus den Gebühren der Stromkunden. Dazu bedurfte es keines Ratsbeschlusses.

Probleme ergeben sich allerdings dann, wenn private Betreiber gleiches Recht beanspruchen. Private Betreiber leisten den gleichen Betrag zum Klimaschutz, aber sie müssen für jede Kilowattstunde, die sie ins öffentliche Netz einspeisen, aus ihrer eigenen Brieftasche erheblich draufzahlen. Warum diese Ungerechtigkeit? Ist Konkurrenzangst im Spiel? Die Uni Hannover hat errechnet, daß 65 Prozent des Aachener Strombedarfs (auch der Industrie) von Aachens Dächern kommen könnte. Der STAWAG könnte dies gleichgültig sein, denn sie verdient ihr Geld, egal ob sie ihre Kunden mit Kohle-/Atom-Strom vom RWE beliefert oder mit Solar- und Windstrom aus privaten Aachener Anlagen. Sie darf alle Mehrkosten auf den Strompreis umlegen.

Anders die RWE Energie AG: 65 Prozent Solarstrom bedeuten 65 Prozent weniger Stromverkauf vom RWE an die STAWAG. Hier geht es um knallharte Wirtschaftsinteressen des RWE. Aber dies sind nicht die Interessen der Stadt Aachen und ihrer Bürger sowie der Umwelt.



R. Schröder

Wenig Stimmung: Vennbahnkundgebung

Mo. 29. August: Kundenanimation

Kann man dem Wesen heutiger Wahlveranstaltungen auf die Spur kommen, indem man die Frage beantwortet, weshalb die dort dargebotene Live-Musik meist eine unerhörte Ähnlichkeit mit jenen Konserven hat, die in Warenhäusern zu Kundenanimation abgeduldet werden? Egal, nach der Gitarren-Saxophon-Combo ist Jürgen Linden dran, und der ist zunächst stocksauer: in der heutigen Ausgabe des FOCUS wird Aachen als autofeindliche Stadt denunziert. Dann Schwenk auf die Wahlkampflinie aller Regierenden: „Es geht uns gut in Aachen. Wir lassen uns das nicht kaputtreden.“

Regine Hildebrandt, „Mutter Courage“ (Linden), „Kodderschnauze“ (Küppersbusch) und nebenbei SPD-Sozialministerin in Brandenburg, fegt auf die Bühne aus, wie Scharping die unsoziale Umverteilungspolitik der Kohleregerung stoppen wird. „Und wer soll das bezahlen?“ fragt jemand aus dem Publikum. „Dat ha' ick doch jerade erklärt.“ Beifall.

Di. 30. August: Scharfmacher

„CDU intern“ flattert in die Redaktion. Darin OB-Kandidat Daldrup: „Wirtschaftsförderung findet in Aachen z.Zt. nicht statt. Im Gegenteil, potentielle Investoren werden abgeschreckt und fühlen sich in Aachen nicht willkommen.“ Sehr richtig. Wurde nicht vor einigen Wochen der Ford-Direktor, der in Aachen die Vereinbarung zur Errichtung eines neuen Forschungszentrums unterzeichnete, mit einem Hagel rotgrüner Tomaten empfangen?

Mi. 31. August: Plutonium im Westbahnhof?

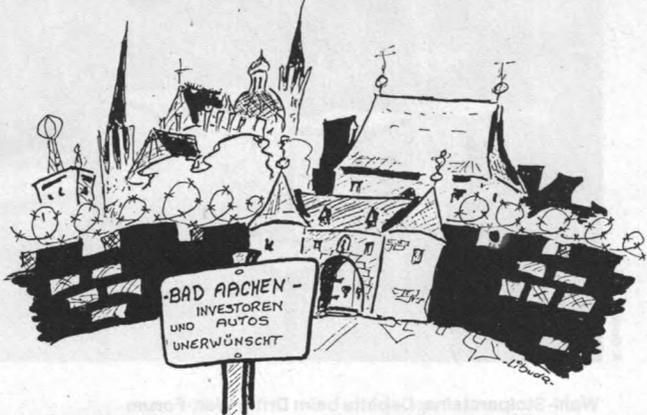
„Jetzt wo die Transporte durch Deinen Garten gehen, hast Du wohl auch Angst.“ Unterschwellige Begrüßungsstichelei ist nicht zu verkennen, doch die Wiedersehensfreude der beiden Frauen vor den Türen des Jakobshofes ist echt. Die Grünen haben geladen: „Restrisiko auf Reisen – Aachen als Transitstrecke für Atommüll?“ Rund 15 Interessierte hat es in die Stromgasse – nomen est omen – gelockt. Referat und Diskussion sind ange-sagt.

Was folgt, ist für den nicht (radio)aktiven Menschen ein Wust atomarer Verwirrungen. Die Ausführungen Katrin Grübers, der umweltpolitischen Sprecherin der GRÜNEN, und Jean Claes', des AGALEV-Abgeordneten der Provinz Antwerpen, bereiten dem Laien einige Schwierigkeiten. Aber wozu hat der müdige Mensch nachfragen gelernt?

Schließlich klärt sich, daß Gefahr deshalb droht, weil die Wiederaufbereitungsanlage in Karlsruhe stillgelegt worden ist und flüssiges Plutonium durch Aachen zur Verladung ins belgische Mol transportiert wird. Das einzig Umweltfreundliche an der Sache: Das Ganze erfolgt per Bahn. Ansonsten ist Plutonium ein Schwermetall, von dem ein zwanzigtausendstel Gramm den Menschen killt. Hier geht es also um Atommülltransporte der „neuen Dimension“.

Klar, welche Forderung sich da zwangsläufig stellt: Abschalten. Strom ohne Atom. Die Plakate an den Wänden mahnen. Die Einigkeit im Publikum scheint grenzenlos, wäre da nicht der Mann im mittleren Alter, der die alternativen Energiekonzepte der GRÜNEN, die, „wie Umfragen beweisen, heute die große Mehrheit unterstützen“, immer noch nicht geschnallt hat. Das sei alles nicht bezahlbar und letztendlich müsse man die Atomkraft mit den Wirkungen fossiler Brennstoffe vergleichen. „Was sind denn zehn Quadratkilometer verseuchtes Gebiet gegen die Überschwemmungen in Bangladesch?“

Wenigstens sind jetzt alle wieder wach. Katrin Grüber ringt um Fassung und Martina Haase knallt dem Widerspenstigen mehrere Broschüren gleichzeitig auf den Tisch. Mundtot! Komplexe Systeme sind nicht immer einfach zu vermitteln. Doch wie ist es nun mit dem Atom? Gefahr erkannt, Gefahr gebannt? Erstmal wollte jedenfalls keiner so richtig widerstandsaktiv werden. Gorleben ist halt doch nicht überall.



Daldrup-Optik

am selben Abend im Autohaus Jacobs: die CDU-Mittelstandsvereinigung hat den Bonner Verkehrsminister Wissmann zum Pausch über „moderne Verkehrspolitik“ eingeladen. Die schätzungsweise 500 Besucher rollen – im Schnitt zwei pro Auto – auf schätzungsweise fünfzigtausend PS an. Hans Stercken, CDU-MdB, muß sein Double geschickt haben, jedenfalls ist in der Parteizeitung „CDU intern“ angekündigt, daß das Original zur exakt gleichen Zeit in der Gaststätte Wartburg über den „Abschied aus Bonn“ spricht.

Die Audis und VWs, die für gewöhnlich in der weißgefliesten Glashalle wohnen, müssen heute abend draußen bleiben. Es geht artig zu, Neuankömmlinge tragen sich ins Gästebuch ein, Sekt wird gereicht, auch Bier und Häppchen, da und dort zieht man unaufgeregt über die rotgrünen „Autohasser“ her. Ein wenig plump wirkt zu Beginn der Gesprächsrunde die Bitte des Moderators Dieter Bischoff, das Auditorium möge doch demnächst die Geschäftsräume des Gastgebers mal wieder in Sachen Auto aufsuchen. Dafür haben Bischoffs Witze echten Mittelstands-Esprit: „Herr Jacobs und ich waren mit Jürgen Linden in einer Klasse, aber aus uns ist wenigstens was geworden.“ In der Tat:

neulich wollte Bischoff CDU-Bundestagskandidat werden – und einige waren dafür.

Dagegen ist mit Wissmann nicht gut Polemik machen. Nein, er habe den Weg gleich gefunden (Bischoff wollte hören, daß die Autobahnbeschilderung potentielle Investoren dauernd nach Heerlen schickt). Ob er an der Beschilderung was ändern könne? Ach, er habe immer so viele Vorlagen auf dem Tisch... „Natürlich muß eine Stadt wie Aachen ihrer Bedeutung entsprechend ausgeschildert sein.“ Naja.

Der Minister versteht sich darauf, die geplanten Bonner Asphaltorgien als „ökologischen Fortschritt“ zu bebildern, aber er ist keine Stimmungschanone à la Blüm. Einmal versucht er's doch: „Ich will keine Politik, die den Autoverkehr zu Tode schikaniert, wie es in Aachen einige Strategen wollen.“ Aber auch das klang, als habe es sein Sekretär vorher für ihn aufgeschrieben.

Do. 1. September: Mittelstands-Esprit

Der FOCUS-Artikel über die autofeindliche Rotgrün-Connection hat ansehnlichen Wellengang verursacht. Nachdem ihm bereits gestern die GRÜNEN serienweise und berechtigt „falsche Fakten“ und „tendenziöse Berichterstattung“ attestiert hatten, bitten heute SPD-Verkehrsexperte Bartholomy und Fraktionssprecher Haase eigens zur Pressekonferenz. Was „das Bilderblatt für die höheren Stände“ (Haase) biete, sei womöglich Bestandteil einer Kampagne. „Seit geraumer Zeit“, so Bartholomy, „wird unsere Verkehrspolitik in überregionalen Medien und Verbandsblättern attackiert.“

Die Focus-Redakteure hatten in der Tat mit Zahlen solange jongliert, bis Aachen bei der Finanzbe-

lastung für Autofahrer an der Tabellenspitze stand. Behauptet wurde z.B., ein Häuslebauer, der keinen entsprechenden Parkraum schaffe, müsse pro fehlender Nische bis zu 35.000 DM Ablöse an die Stadt berappen, in Wahrheit sind es höchstens 17.500 DM, im Schnitt noch viel weniger..

CDU-Fraktionschef Einmahl wird im FOCUS mit der wahrheitswidrigen, aber volkstümlichen Aussage zitiert, die Schaffung eines Anwohnerparkplatzes koste lediglich 20 Mark, die 60 DM für den entsprechenden Ausweis seien also städtische Beutelschneiderei. So etwas nervt Bartholomy: „Wenn Bischoff Bundestagskandidat oder Daldrup OB werden wollen, argumentieren sie mit der Peterstraße. In den Arbeitsgremien, in denen Verkehrspolitik diskutiert wird, sieht man diese Leute nicht.“

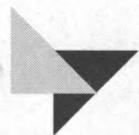
Dafür sieht man „diese Leute“

Sa. 3. September: Zong!

Salmrohr - Alemannia 4:0. Ist nicht Linden Verwaltungsratsvorsitzender bei Alemannia? Übrigens: Wo liegt Salmrohr eigentlich?

SKÄNS

werden zwar anders geschrieben, aber erstklassig bei uns erstellt und auf Wunsch archiviert...



graphodata
...mehr als nur Worte!

graphodata GMBH • TEXT- UND BILDVERARBEITUNG DIGITAL • KARL-FRIEDRICH-STR. 76 • 52072 AACHEN
TEL 0241-17309-14 • FAX 0241-17309-39 • ISDN 0241-930502-0

Brennpunkt Flüchtlingspolitik

**KLENKES-Frage:
Aachen - Zukunft ohne Grenzen?**



Christina Löhrer-Kareem
Sprecherin
Flüchtlingsrat
Aachen

Das Positive: Es gibt vorbildliche Initiativen mit städtischer Unterstützung, welche noch zum Teil aus der CDU-Ära herrührt und von Rot-Grün gestärkt wurde: Die nachbarschaftliche Selbsthilfe, das Pädagogische Zentrum, Sprachkurse und Sozialarbeiter in den Wohnheimen, und -selbstredend - das Café Zuflucht, eine Beratungs- und Kontaktstelle für Flüchtlinge. Ihnen und einer besonnenen Unterbringungskonzeption ist es sicher mit zu verdanken, daß Flüchtlinge eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung finden und Aachen nicht in einer Reihe mit Solingen oder Rostock steht. So gehören viele hundert Flüchtlinge aus Schwarzafrika, deren „Eindringen“ vor Jahren von der Aachener Öffentlichkeit gründlich mißbilligt wurde, heute wie selbstverständlich zu Aachen.

Aachen also ein Paradies für Flüchtlinge? Oder war da noch was? Gut, eine pauschale Kürzung der Sozialhilfe für Asylbewerber wurde vor einigen Jahren nach einem Gerichtsurteil anstandslos zurückgenommen. Flüchtlinge erhalten weiterhin (noch) Bargeld, obwohl ein Teil der Asylbewerber aufgrund neuerer diskriminierender Gesetzgebung vielerorts auch Eßpakete (z.B. „Moslem-Huhn“) oder Eß-Gutscheine (keine „Tabak- und Alkoholwaren“) bekommt.

Unverzeihlich jedoch, daß Stadt und Kreis Aachen beim Abbau von Bürgerrechten bundesweit eine Vorreiterrolle spielten: Erst der unwürdige Zählappell für Asylbewerber vor

drei Jahren, dann zu Jahresbeginn die Rasterfahndung für alle Sozialhilfeempfänger, die ein Auto besitzen. Datenschutz wird so bei den Schwächsten der Gesellschaft unter dem Vorwand der Mißbrauchsverhütung als Täterschutz diskreditiert und ausgehebelt.

Beide Maßnahmen wurden zwar von Politik und Verwaltung wieder abgeblasen. Doch überregional gefragt wird bezeichnenderweise nicht nach der Rehabilitierung der pauschal ins Zwielflicht Gesetzten, sondern nach dem Know-how der spektakulären Aktionen.

Sammellager und Abschiebeknast sind in Aachen verhindert worden. Doch kann man sich darüber freuen, wenn Selbstmorde und berechtigter Aufruhr von inhaftierten Personen, die lediglich einen Asylantrag gestellt haben, andernorts geschehen?

Unsere Wünsche für die nächste Ratsperiode? Mehr Angestellte in den Ämtern, die ihre Tätigkeit als Dienstleistungsservice verstehen und Ausländer nicht so behandeln, als würden jene ihnen persönlich das Geld aus der Tasche ziehen.

Und: Wie wär's zur Abwechslung mal mit einer Woche des deutschen Mitbürgers, in welcher z.B. Angestellte von Ausländer- und Sozialamt mit unseren lieben „Gästen“ deutsche Spezialitäten kochen? So können sich beide Seiten auch einmal anders sehen. Auf daß Aachen auch Ausländern und Verwaltungsmenschen Spaß macht!

► Do. 8. September: Jetzt geht's los!

„Wir sind die SPD“ und alle sind da. Bis auf Ulla Schmidt, die ist krank. Die Partei hat geladen, „um im lockeren Gespräch unsere Rats- und Bezirksvertretungskandidatinnen und -kandidaten der Presse und untereinander bekannt zu machen.“ Und das bezeichnenderweise im gläsernen Saal der Kurparkterrassen. Es ist ein schwieriges Verhältnis, 150 (!) SPDlerInnen gegen fünf Pressemenschen, wen oder was soll man da eigentlich fragen?

Aber zum Glück gibt's ja noch das Rahmenprogramm. Schultheiß begrüßt, die Käpt'n Moonlight Band spielt und „unser Oberbürgermeister“ stimmt, und zwar ein auf die heiße Phase des Wahlkampfes. Das rote



A. Goetke

Wahl-Stolpersteine: Debatte beim Dritte Welt-Forum

„Jetzt-gehts-los“-Käppi bis über den Schnauz ins Gesicht gedrückt, eröffnet Linden die Wahlsession. Es gebe nur eine Möglichkeit nach dem 16. Oktober, nämlich eine von der SPD geführte Mehrheit im Stadtrat. In bester Büttenmanier unterstreicht er eine halbe Stunde lang das ökologisch-ökonomisch-lokalpatriotisch-sozial-demokratisch-verkehrsberuhigte Erfolgsrezept der letzten fünf Jahre.

„Wir müssen den Aachenenerinnen und Aachenern klarmachen, daß wir aber auch die nächsten Wahlperioden noch brauchen, um unsere Schritt-für-Schritt Politik zu Ende zu führen.“ Der Saal jöhlt und als Linden mit „Ich setze mit Euch auf Sieg. Platz kommt für mich nicht in Betracht!“ endet, blutet auch dem Außenstehenden fast das Herz. Der Sekt fließt mittlerweile in Strömen, der Kellner jongliert die belegten Brötchen durch die Menge und die Bierlaune steckt an.

Die Aachener SPD – einig Partei. Nur der Kabarettist Wendelin Rader bleibt mit seiner Darbietung außen vor. Aber wer im Öcher Wahlkampf auf Eifeler Platt und bayrische Lederhosen-Jodelei setzt, kann hier heute abend nun wirklich nicht damit rechnen, eine Schnitte zu kriegen.

Sa. 10. September: Kuchen um halb zwölf

Schnell gefrühstückt und an den Holzgraben gehetzt. Aber – nix! Die für 11 Uhr angekündigte Aktion „Stolpersteine“ fällt aus, wegen Regen wahrscheinlich. Lediglich die WahlständlerInnen von PDS und GRÜNEN trotzen mutig dem Wetter. Auf dem Heimweg treffe ich am Kugelbrunnen auch noch auf die CDU. Keine Programme, kein Flugblatt, nix. Nur Kaffee und Kuchen – samstags um halb zwölf.

Di. 13. September: Neulich in Brasilien

Vor der Aula Carolina zeigen sich nun doch noch die kartonierten Stolpersteine den PassantInnen: „Aachen im Klimabündnis – Feigenblatt der rot-grünen Mehrheit?“ oder „Café Zuflucht muß bleiben“. Der Oberbürgermeister eilt herbei und begrüßt seine Podiumskolleginnen von GRÜNEN und CDU: „Guten Tag, Frau Bürgermeisterin,

guten Tag, Herr Gegenka. Dann geht es los im Innern würdigen Gebäudes. „Glocken, kommunal handeln, wicklungspolitik im R heißt das abendliche The dem Dritte-Welt- und U gruppen geladen haben.

Rund 100 Leute warten g auf die Antworten von I Ortstein, Linden und Sc (FDP). Ein zukünftiges Drit Haus, das Café Zuflucht gehandelter Kaffee, die Ne Arbeit und Städtepartners stehen zur Diskussion. D detailliert beziehen Orts Linden Position. Die komm litischen Möglichkeiten f wicklungspolitik sehen sie se unterschiedlich, t begrenzt, auf alle Fälle st den entsprechenden Grupp gehend solidarisch gegenüb finanziell.

Schaffrath versteift sich demokratische Allgeme und antwortet auf jede Frag gerade erst mit sechs Juge in Brasilien gewesen sei. übrigen seien die Kassen le anders Ulrich Daldrup. Ü Dritte-Welt-Haus hier w nicht diskutieren, wo es v viele Millionen Flüchtlin gebe, die überhaupt kein D dem Kopf hätten. Auch er so oft geschäftlich in den l gewesen und „ich sehe Gesichtern hier im Publik einige aus der Dritten We men.“

Ein Ausrutscher? Der K im weißen Anzug betont, d durchaus möglich ist, daß v terhin von Flüchtlingen ü werden“. Und weiter an eine finanzielle Unters ihrer Gruppen fordern: „I das Ihren Gesichtern doch Sie Dritte-Welt-Arbeit f selbst machen und nicht Dritte Welt.“ Sitzen- und bleiben fällt einigen Zuhör bei dieser Ignoranz nicht lei

Doch einen letzten Ge blitz hat Daldrup noch: das Welt-Forum solle sich d einmal als ehrenamtliche N non-governmental-organ eintragen lassen und dam Ernsthaftigkeit unter Bewe len. Daß das Dritte-Welt längst eine NGO ist, mac auch nichts mehr. Es gibt el magen, die lassen sich nic vergrößern...

Lindgrün zum Zweiten



Kommunalwahl-Kommentar

Eigentlich wäre dies folgerichtig: Der nächste Oberbürgermeister heißt weder Linden noch Daldrup, sondern INVESTOR. Investor ist in den letzten Jahren zu einer Lichtgestalt gereift. Kündigt er eine Visite an, werden rote Teppiche entrollt, Stadtväter nehmen Haltung an, Kämmerer überprüfen, ob das Stadtsäckel noch eine kleine Willkommens-Subvention hergibt. Auch in Aachen. In Vorzeiten konnte man in jedem volkswirtschaftlichen Handbuch unter dem Stichwort „Unternehmer“ die nüchternste Mitteilung lesen, daß es sich bei Investor um jemanden handelt, der Geld riskiert, um sein Einkommen zu vergrößern, sei es als Fabrikant, Einzelhändler oder Wohnungsmakler.

Heutzutage – ein Blick in die Zeitung bestätigt das täglich – ist Investor ausschließlich auf Achse, um die Wohlfahrt seines heimatlichen Gemeinwesens zu steigern: Indem er Arbeitsplätze schafft, Kaufkraft anzieht, Erfindungen macht. Deshalb drängt sich der Wunsch geradezu auf, die hiesigen Parteien mögen ihren Zank darum, wer Investor am ehesten in die Stadt locken kann, beenden, und ihm die OB-Würde direkt antragen. Berlin gibt ein Beispiel: Dort überlegt man, Daimler-Chef Reuter nach seiner Pensionierung an die Regierungsspitze zu berufen. Zögern die Hauptstädter noch lange, könnte doch Aachen...

Rot-Grün: Bilanz im Plus

Spott beiseite. Als vor fünf Jahren Kommunalwahlen anstanden, feuerte der KLENKES-Kommentator unter dem Titel „Jetzt oder nie“ ein leidenschaftliches Plädoyer für Rot-Grün ab. Das Stichwort hieß: Machtwechsel nach vierzigjähriger CDU-Hegemonie. Selbst wenn die Leidenschaft und die Siegesicherheit, die jenes Statement prägten, achtzehnhundert Tage später vielerorts verblaßt sind: Die Linden/Ortstein-geführte „Gestaltungsmehrheit“ hat in vielerlei Hinsicht Wort gehalten und eine Menge der angekündigten – und

von ihren WählerInnen erhofften – Projekte verwirklicht oder zumindest auf den Weg gebracht.

Der innerstädtische Autoverkehr wurde beschnitten und gleichzeitig die Attraktivität von Trips in den roten Bussen und mit dem nicht-motorisierten Zweirad erhöht, indem Busspuren sowie Radwege neu angelegt wurden. Der brachliegende Wohnungsbau wurde angekurbelt: Die Stadt machte hier 90 Millionen Mark locker, die Zahl der insgesamt fertiggestellten Wohnungen übertraf die der letzten Malangré-Amtsperiode um mehr als das Doppelte.

Bereits zu Beginn der Legislaturperiode wurden über 1.000 neue Kindergartenplätze geschaffen. Die Nutzung regenerativer Energien wurde in Gang gebracht. Freie Initiativen in vielen Bereichen sind finanziell halbwegs abgesichert: Kulturgruppen können einigermaßen planen, es gibt ein Café Zuflucht, eine Drogenberatung, ein Autonomes Zentrum, mehr Unterstützung für Obdachlosen- und Arbeitslosen-Initiativen. Und so weiter.

Knatsch gab's auch

Bevor jemand auf die Idee kommt, hier solle eine glatte rotgrüne Erfolgsstory präsentiert werden: Natürlich gab es bei all dem Inkonsequenz, Halbheiten, Widersprüchlichkeiten und – Koalitionsknatsch. Mit der Müllverbren-

nungsanlage in Weisweiler können sich die Grünen bis heute nicht anfreunden, für die Therme an der Paßstraße – ehemals als sinnloses Prestigeobjekt bekämpft – sind sie heute prinzipiell zu haben.

Für koalitionsinternen Zoff sorgten u.a. auch Stadtentwicklungsfragen, das Gewerbegebiet Richterrich-Heerlen sowie jener „Zählappell“, zu dem die Aachener Flüchtlinge 1991 antreten mußten. Natürlich gibt's noch immer zu viele Autos in der Stadt, zu wenig Knete für freie Initiativen, zu wenig erschwingliche Wohnungen und akzeptable Arbeitsplätze, nicht zuletzt für MigrantInnen.

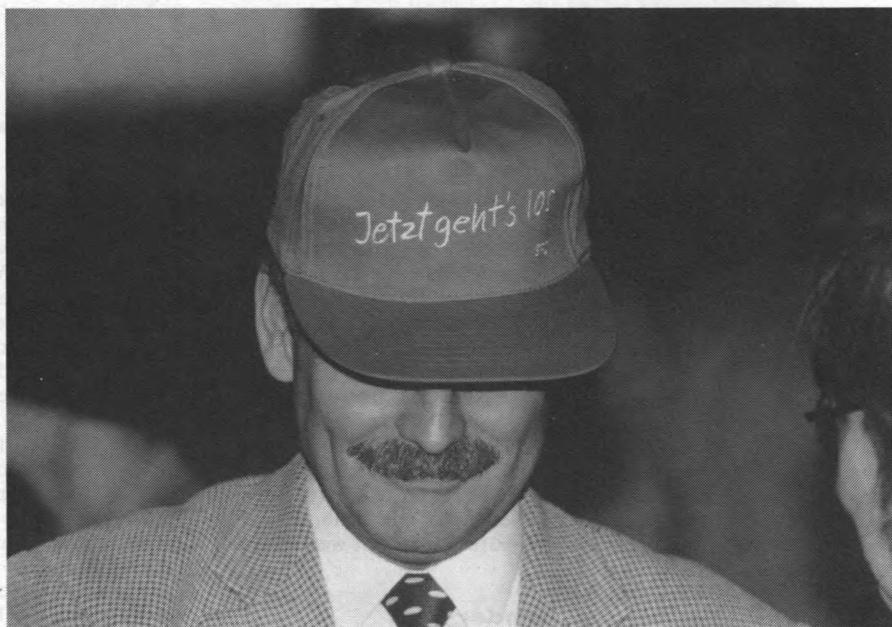
Daldrup???

Ergibt die – hier nur angedeutete – Revue rotgrüner Taten bereits ein eindeutiges Plus beim Positiv-Saldo, der Wunsch nach einer Fortdauer der Koalition wird spätestens überstark, sobald man einen Blick auf die real existierende Alternative wirft: Der vor einigen Monaten vom CDU-Establishment aus dem Nichts hervorgezauberte Wirtschaftsberater Daldrup hat außer einer Fassade aus Eloquenz und Weltgewandtheit nichts zu bieten, was für eine akzeptable Kommunalpolitik vonnöten ist. Sicher, den Karlspreis könnte auch er überreichen. Aber sonst: Völlig unbeeindruckt von der Politik seiner Parteifreunde in Bonn, die den Kommunen so manchen Finanz-

engpaß – beispielsweise beim Wohnungsbau – bescherte, wird er nicht müde, die rotgrüne „Schuldenpolitik“ anzuprangern.

Sein Steckenpferd allerdings ist die Verkehrspolitik; nicht, daß Daldrup hier größere Kompetenz vorzuweisen hätte – aber über Staus und Busspuren läßt sich halt genauso locker parlieren wie über die Aufstellung der Fußball-National-elf: so wie jeder TV-Eigner ein kleiner Berti Vogts, ist jeder Autofahrer ein Verkehrsexperte, der Planungsfehler immer just da entdeckt, wo er gerade die Fahrt unterbrechen muß. Hier knüpft Daldrups kruder Populismus an, der beim Flugblattverteilen an Stauopfer freie Fahrt und freie Parkplätze genauso locker verspricht wie andernorts Arbeitsplätze und Gewerbeflächen. Daß der CDU-Kandidat vor einigen Wochen umstandslos die Schirmherrschaft über den Marktfrühschoppen der – teilweise weit rechtsaußen angesiedelten – Burschenschaften übernahm, andererseits der stadtunterstützten Einrichtung eines Umwelt- und Dritte Welt-Haus eine grobe Abfuhr erteilte, läßt vermuten, welche Richtung die Förderung freier Initiativen unter einem OB Daldrup nehmen würde. Die Leute vom Autonomem Zentrum jedenfalls haben, offensichtlich in Erwartung eines rotgrünen Desasters, bereits eine „Abschiedsfete“ angekündigt. Schau'n mer mal.

A. Aue ■



A. Goeke